

Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!

Referat auf dem Außerordentlichen Parteitag der SED in Berlin am 16. Dezember 1989¹

Was jetzt zum Vortrag kommt, liebe Genossinnen und Genossen, ist das Ergebnis der Tätigkeit einer Arbeitsgruppe, die unter Verantwortung des Arbeitsausschusses bzw. Vorstandes relativ sehr kurzfristig – wie könnte es anders sein – gearbeitet hat.² Es ist dementsprechend das, was hier vorgetragen wird, als ein erster und vorläufiger Versuch der Analyse zu werten. Die theoretisch-ideologische Bewältigung eines so komplizierten und komplexen Problems

-
- 1 Der Abdruck folgt dem Wortlaut der Rede, wie er dokumentiert ist in: Lothar Hornbogen, Detlef Nakhath, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999, S. 178-192. Anm. aus dieser Veröffentlichung wurden weitgehend übernommen und sind als solche Übernahmen mit »Anm. aus dem Protokollband« gekennzeichnet. Vorgelegt worden war das Referat dem Parteitag unter dem Titel »Zur Krise in der Gesellschaft und zu ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED«. Der Titel »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!« entstammt dem Erstabdruck des Referats in Neues Deutschland, Berlin, 18. Dezember 1989, wie er dann auch in die Broschüre »Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS, Partei des Demokratischen Sozialismus, 8./9. und 16./17. Dezember 1989. Materialien«, Berlin 1990, S. 41-56, übernommen worden ist. Dieser Erstabdruck basierte auf dem Text, der dem Parteitag schriftlich vorgelegen hatte. Die leichten stilistischen Abweichungen mit dem hier abgedruckten Protokolltext sind inhaltlich unerheblich.
 - 2 Dazu enthält die Druckfassung in der Broschüre von 1990 den folgenden Schlußabschnitt, der im protokollierten Wortlaut nicht enthalten ist: »In Verantwortung der durch den Arbeitsausschuß zur Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages berufenen Arbeitsgruppe unter Leitung des Genossen Heinz Vietze wurde unter aktiver Mitwirkung der Ausschußmitglieder Markus Wolf und Ulrich Peck das Referat »Zur Krise in der Gesellschaft und ihren Ursachen, zur Verantwortung der SED« durch Prof. Günter Benser, Institut für Marxismus-Leninismus, Prof. Kurt Finker, Pädagogische Hochschule Potsdam, Prof. Karl-Heinz Jahnke, Universität Rostock, Dr. Kurt Libera, Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Prof. Gisela Schott, Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Prof. Michael Schumann, Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, erarbeitet. Wichtige Zuarbeiten leisteten: Prof. Manfred Banaschak, Redaktion »Einheit«, Rolf Hoth, Amt für Nationale Sicherheit, Prof. Hans Marnette, Pädagogische Hochschule Potsdam, Dr. Hermann Wandschneider, Parteihochschule. Die Arbeitsgruppe dankt allen Genossinnen und Genossen, die ihre Überlegungen zu diesem Thema zur Verfügung stellten.«
Zum Umgang Michael Schumanns mit der Tatsache, daß das Referat Ergebnis einer großen kollektiven Anstrengung war, siehe im vorliegenden Band den Text »Vor fünf Jahren: »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!« Reminiszenzen und aktuelle Überlegungen.«
Die Bemerkung über die kurze Zeit, in der das Referat entstand, bezieht sich auf folgende Abläufe: Nach dem Rücktritt von Erich Honecker am 18. Oktober 1989 und der Wahl von Egon Krenz zum Generalsekretär am gleichen Tag war auf der 10. Tagung des ZK der SED vom 8. bis 10. November 1989 ein neues Politbüro gewählt und für die Zeit vom 14. bis 17. Dezember 1989 die 4. Parteikonferenz der SED einberufen worden. Die Parteibasis protestierte gegen diese Planungen und forderte statt der Konferenz einen Außerordentlichen Parteitag, der durch geheime Wahlen vorzubereiten war und mit seinem Erneuerungsanspruch der Tiefe der gesellschaftlichen Umbrüche Rechnung tragen mußte. Dies

wie die Frage nach den Ursachen der Krise und die Verantwortung der SED fordert den Einsatz des ganzen intellektuellen Potentials der Partei und bleibt eine Aufgabe, der wir uns auch in Zukunft mit aller Kraft stellen müssen, um zu weiteren Schlußfolgerungen für die radikale Erneuerung der Partei zu gelangen.

Dennoch – es ist notwendig, auf diesem Parteitag Stellung zu den Ursachen der Krise zu beziehen. Das erwartet die Parteibasis, aus der uns auch viele Hinweise und Gedanken zu diesem Thema zugegangen sind, und das erwartet mit Recht auch die Öffentlichkeit unseres Landes.

Unser Parteitag hat schon am ersten Beratungstag mit Nachdruck erklärt: Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System.

Uns allen hier im Saal – dem einen früher, dem anderen später – ist bewußt geworden, daß für die Krise unseres Landes und unserer Partei die Mitglieder einer inzwischen hinweggefegten Parteiführung die persönliche Verantwortung tragen.

Erich Honecker³ und sein Politbüro konnten vor allem deshalb einen derartigen Schaden anrichten, weil ein Geflecht von Strukturen allgegenwärtiger Apparate und eine Rechtfertigungsideologie einen derartigen Machtmißbrauch ermöglichten bzw. absegneten.

war um so notwendiger geworden, als am 9. November auf der Pressekonferenz am Rande der ZK-Tagung Politbüromitglied Günter Schabowski die Öffnung der Grenzen und damit den Fall der Mauer eingeleitet hatte. Am 12. November gab das Politbüro dem Druck nach und schlug die Einberufung eines Außerordentlichen Parteitages vor. Die Dinge beschleunigten sich jedoch weiter: Am 3. Dezember traten Egon Krenz, das gerade erst drei Wochen im Amt befindliche Politbüro und das gesamte ZK zurück. Zur Vorbereitung des bereits einberufenen Außerordentlichen Parteitages wurde nun ein Arbeitsausschuß gebildet, und erst mit ihm war eine Konstellation entstanden, in der an die Erarbeitung eines Referats gedacht werden konnte, wie es dann von Michael Schumann am 16. Dezember vorgetragen wurde. Die Vorverlegung des Beginns des Parteitages auf den 8./9. Dezember verkürzte die Vorbereitungszeit um ein weiteres. – Zu den Daten vgl. Zeno und Sabine Zimmerling (Hrsg.): Neue Chronik DDR, 3. Folge (24. November-22. Dezember 1989), Berlin 1990; und: Chronik der PDS 1989-1997. Erarbeitet von Helmut Zessin, Edwin Schwertner und Frank Schumann, Berlin 1998. – Vgl. zu den Abläufen und Hintergründen auch Lothar Hornbogen, Detlef Nakath: Das (formale) Ende der SED – Beginn der PDS-Geschichte. Vor zehn Jahren: Der Sonderparteitag der SED/PDS, in: Disput, Berlin, Nr. 11/1999, S. 17-19.

- 3 Erich Honecker (1912-1994), vom 3. Mai 1971 bis zum 18. Oktober 1989 als zunächst Erster Sekretär, dann (seit 1976) als Generalsekretär des ZK der führende Mann der SED, vom 29. Oktober 1976 bis zum 18. Oktober 1989 auch Vorsitzender des Staatsrates der DDR. Honecker war 1929 17jährig in die KPD eingetreten, ab 1930 hauptamtlicher Funktionär des KJVD; 1935 wegen seines antifaschistischen Widerstandskampfes verhaftet (Gefängnis Berlin-Moabit) und 1937 zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilt, 1937-1945 Haft im Zuchthaus Brandenburg-Görden; Mai 1945 Jugendsekretär des ZK der KPD, 1946 Mitbegründer und bis 1955 Vorsitzender der FDJ; ab 1946 Mitglied des PV bzw. des ZK der SED, 1950 Kandidat, 1958 Mitglied des PB und Sekretär des ZK. – Am 3. Dezember 1989 – also wenige Tage vor dem Außerordentlichen Parteitag – war Honecker vom ZK aus der SED ausgeschlossen worden (vgl. bis hierher Jochen Cerny: Wer war wer – DDR. Ein biographisches Lexikon, Berlin 1992, S. 201-202). – Sein folgendes Leben war durch Krankheit, Verhaftungen, Flucht und Prozesse geprägt: 29./30. Januar 1990 vorübergehende U-Haft; April 1990 Übersiedlung ins sowjetische Militärhospital Beelitz; März 1991 Ausreise in die Sowjetunion; Dezember 1991 Flucht in die chilenische Botschaft in Moskau; Juli 1992 Überführung nach Deutschland; U-Haft in Berlin-Moabit. Januar 1993 aus Krankheitsgründen

Die Symptome dieses Machtmißbrauchs liegen inzwischen offen zutage: Konzentration der Macht in den Händen eines arroganten Alleinherrschers, Steuerung der Wirtschaft durch eine Kommandozentrale, der es an Verständnis für elementare Bedürfnisse der produktiven und sozialen Bereiche der Gesellschaft und für die Lebensqualität der Bevölkerung fehlte, Reglementierung und bürokratische Zentralisation von Kultur, Wissenschaft und Bildung, die kritische Geister außer Landes trieb, politische Entmündigung der Bürger unserer Republik und Kriminalisierung Andersdenkender, Verwandlung der Medienlandschaft in eine trostlose Informationswüste und eine widerliche Hofberichterstattung, Ausgrenzung der Parteibasis aus allen innerparteilichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen.

Im Umfeld dieses Machtmißbrauchs breitete sich der Morast der Korruption und der persönlichen Bereicherung aus. Unerträgliche Herrscherallüren einer Führungsgruppe und mancher Nacheiferer auch auf unterer Ebene haben unsere Partei in Verruf gebracht. Zwischen Führung und Volk, zwischen Parteispitze und Parteibasis tat sich eine tiefe Kluft auf. Aus einzelnen und aus Gruppen, die auf Veränderungen drängten, wuchs eine umfassende Volksbewegung. Sie forderte ihre Rechte auf der Straße ein, als das Land an einer Massenflucht zu Grunde zu gehen drohte.

Die Bewegung zur Erneuerung des Sozialismus ist ihrem Wesen nach eine revolutionäre Bewegung. Die Politbürokraten verunglimpften den Aufbruch des Volkes als Konterrevolution und wollten ihn mit Gewalt unterdrücken. In

Aufhebung des Haftbefehls und Einstellung des im November 1992 gegen ihn eröffneten Prozesses, bei dem er gemeinsam mit Willi Stoph (ehem. Ministerpräsident), Erich Mielke (ehem. Minister für Staatssicherheit), Heinz Kefler (ehem. Verteidigungsminister), Fritz Strelitz (ehem. Stellv. Verteidigungsminister) und Hans Albrecht (ehem. 1. Sekretär der SED-BL Suhl) im Zusammenhang mit seiner Mitverantwortung für den Tod von 68 bei Fluchtversuchen in die BRD ums Leben gekommenen Flüchtlingen wegen »versuchten und vollendeten Totschlags« angeklagt war. – Der PDS-Parteivorstand, dem Michael Schumann angehörte, sprach bei Beginn des Prozesses von einem »politischen Schauprozeß«, der »auf Abrechnung mit der DDR, auf Kriminalisierung des staatlichen Handelns eines selbständigen Staates und auf ein Medienspektakel« angelegt sei. – Am 13. Januar 1993 reiste Honecker nach Chile aus und starb dort am 29. Mai 1994 (vgl. Andreas Herbst, Winfried Ranke, Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Bd. 3, Reinbek bei Hamburg 1994, S. 149, sowie: Chronik der PDS 1989-1997, Berlin 1998, S. 107). – In seinen »Moabiter Notizen« vermerkte Honecker zur PDS und zum Außerordentlichen Parteitag der SED/PDS: »Die Äußerungen einiger führender Persönlichkeiten der PDS, die bürgerliche Demokratie sei das bisher fortschrittlichste System, gereicht diesen nicht gerade zur Ehre, ebenso wenig ihre Hilfestellung bei der Zerschlagung des »stalinistischen Systems« in der DDR, dessen Politik sie als reaktionär bezeichnen.« Man müsse den Blick darauf lenken, was für eine »Misere« mit der »Zerschlagung der sozialistischen DDR« heraufbeschworen worden sei. »Auch ein Gysi sollte das tun, der auf dem Sonderparteitag der SED/PDS in seinem Schlußwort die SED-Führung verleumdete und erklärte, das wichtigste Ergebnis dieses Parteitages sei die Zerschlagung des Stalinismus gewesen. Es gilt heute als modern, aufrechte Kommunisten als »Stalinisten« abzustempeln. Der »Stalinist« Dimitroff hat aber unter dem Beifall der Weltöffentlichkeit den Bolschewistenfresser Göring im Kampf um die Wahrheit besiegt. ... So wie die Lüge im Reichstagsbrandprozeß wird eines Tages auch die Lüge über die »stalinistische DDR« platzen.« Erich Honecker: Moabiter Notizen. Letztes schriftliches Zeugnis und Gesprächsprotokolle vom BRD-Besuch 1987 aus dem persönlichen Besitz Erich Honeckers, Berlin 1994, S. 73-74.

Wirklichkeit waren sie in dieser Situation die Konterrevolutionäre. (*Beifall*) Viele Persönlichkeiten – Künstler, Arbeiter, Schriftsteller und Wissenschaftler und unter ihnen auch viele Mitglieder und Funktionäre unserer Partei – hatten schon warnend die Stimme erhoben.

Unsere Partei war mit so manchen ihrer Mitglieder an der Volksbewegung beteiligt. Als Organisation hat sie die Umgestaltung nicht einzuleiten vermocht, ja sie hat zunächst auch nicht den Charakter des Erneuerungsprozesses verstanden. Deshalb ist die Partei in der Zeit zwischen den Oktobertagen und unserem außerordentlichen Parteitag in eine Situation geraten, in der sie um ihre Existenz kämpfen muß. Hierfür trägt bereits die auf den Abgang Erich Honeckers folgende Parteiführung die Verantwortung.⁴ (*Beifall*)

Wir mußten immer weiter zurückweichen, weil die Führung um Egon Krenz kein Konzept besaß und nicht zu einem radikalen Bruch mit der Vergangenheit bereit war. Das war in ihrer personellen Zusammensetzung auch nicht zu erwarten.

Ich bringe hier nur folgende Tatsachen in Erinnerung: Es begann mit der Verlegenheitsformel, Honecker sei aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten, und mit der Überrumpelung der Partei durch die 9. Tagung des Zentralkomitees.⁵ Der Partei wurde ein leicht verändertes Politbüro aufgenötigt, das mit der Lüge ins Leben trat, die SED-Führung habe die Wende eingeleitet. Die Stoph-Regierung⁶ und der Volkskammerpräsident⁷ durften weiterwur-

4 Gemeint ist die Parteiführung unter Egon Krenz, die vom 18. Oktober bis 3. Dezember 1989 (mit personellen Veränderungen am 10. November 1989) im Amt war. – Egon Krenz (geb. 1937), 1974-1983 Erster Sekretär der FDJ, 1976-1983 Kandidat, ab 1983 Mitglied des PB und Sekretär des ZK der SED, 1984-1989 zugleich stellv. Vorsitzender des Staatsrates der SED, war vom 18. Oktober bis 3. Dezember 1989 Generalsekretär des ZK der SED und vom 24. Oktober bis 6. Dezember 1989 Vorsitzender des Staatsrates und – ebenfalls in der Nachfolge Erich Honeckers – Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates. 21. Januar 1990 Ausschluß aus der PDS (vgl. Jochen Černý: Wer war wer, a.a.O., S. 254-255). – Krenz wurde am 25. August 1997 vom Berliner Landgericht wegen vierfachen Totschlags »in minderschwerm Fall« – gemeint ist seine wie im Fall Honecker zur Grundlage der Anklage gemachte Mitverantwortung für den Tod von bei Fluchtversuchen in die BRD ums Leben gekommenen Flüchtlinge – zu sechseinhalb Jahren Freiheitsentzug verurteilt und noch im Gerichtssaal verhaftet. Die PB-Mitglieder Günther Kleiber und Günter Schabowski wurden zu drei Jahren Haft verurteilt. – In einer Erklärung des Parteivorstandes der PDS, dem Schumann angehörte, hieß es: »Der Versuch, den politischen Gegner von einst über die politische Entmachtung, moralische Ächtung und soziale Isolierung hinaus durch den Strafprozeß zum kriminellen Totschläger zu erniedrigen, erniedrigt in Wirklichkeit das Recht« (vgl. Chronik der PDS 1989-1997, S. 507). – Zur Sicht Michael Schumanns auf diesen Prozeß siehe im vorliegenden Band die Texte »Notizen zum »PB-Prozeß«« und »Ein Urteil über die Geschichte, über das Recht«. – Krenz mußte, nachdem der Bundesgerichtshof das Urteil des Landgerichts Anfang November 1999 bestätigt hatte, im Januar 2000 ins Gefängnis und wurde Mitte Dezember 2003 mit Aussetzung der Reststrafe auf Bewährung entlassen.

5 Anm. im Protokollband: Vgl. Hans-Hermann Hertle, Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.): Das Ende der SED. Die letzten Tage des Zentralkomitees, Berlin 1997, S. 103 ff.

6 Willi Stoph (1914-1999), 1928 KJVD, 1931 KPD; 1953-1989 Mitglied des PB, 1952-1955 Minister des Innern, 1954-1962 stellv. Vorsitzender des Ministerrates, 1956-1960 Minister für Nationale Verteidigung, 1962-1964 1. Stellv. Vorsitzender, 1964-1973 Vorsitzender des Ministerrates, 1973-1976 Vorsitzender des Staatsrates, 1976-1989 wiederum Vorsitzender des Ministerrates; 7. November 1989 Rücktritt mit seiner Regierung; 17. November 1989 als Mitglied des Staatsrates abberufen; 3. Dezember 1989 Ausschluß aus der SED (vgl. Jochen Černý: Wer war wer, a.a.O., S. 442-443).

steln. Es wurde nicht begriffen, daß sich unser Land nicht mit dem Artikel 1 der Verfassung regieren ließ.⁸ Dunkle Punkte der Wahlen⁹ und Verantwortlichkeit für Gewalt gegen Demonstranten¹⁰ blieben unaufgeklärt. Statt selbst den Sumpf der Bereicherung und der Privilegien trockenzulegen, wurde eine die Partei diskreditierende Hinhaltenaktik betrieben. Selbst als alle Tore geöffnet wurden, sollten die Parteimitglieder noch immer von der Inbesitznahme ihrer eigenen Partei ausgesperrt bleiben. Nichts anderes bedeutete der Versuch, einen außerordentlichen Parteitag zu verhindern. (*Beifall*)

Und wer die Partei gründlich säubern und von unten her erneuern wollte, wurde von dirigierten Leuten in die Spaltrecke gestellt.

Das war der Punkt, an dem die Parteibasis rebellierte und die Erneuerung der Partei von unten begann. Viele Parteiorganisationen wählten oder erneuerten ihre Leitungen, Gruppen von Genossen erarbeiteten Angebote für Programme und Statuten, Genossen gingen auf die Straßen und riefen: »Wir sind die Partei!« Auf diese Bewegung stützte sich der am 3. Dezember gebildete Arbeitsausschuß, der nun die Vorbereitung des außerordentlichen Parteitages in seine Hände nahm und mit den Untersuchungen von Gesetzesverletzungen und Vergehen, mit der Aufklärung von Fällen der Korruption und des Machtmißbrauchs durch Funktionäre der SED ernst machte.

Dabei, liebe Genossinnen und Genossen, wurde zusehends bewußt, daß die Kette des Machtmißbrauchs weit zurück reicht. Besonders schwer lastet auf uns, daß die Verbrechen der Stalinzeit¹¹ noch nicht aufgeklärt, viele Opfer des

7 Horst Sindermann (1915-1990), 1929 KJVD, 1933 Verhaftung wegen antifaschistischer Tätigkeit, nach Entlassung politischer Leiter des KJVD in Dresden; 1935 erneute Verhaftung und bis 1945 Zuchthaus Waldheim, KZ Sachsenhausen und Mauthausen; nach verschiedenen anderen Funktionen ab 1963 Kandidat, ab 1967 Mitglied des PB, 1963-1971 1. Sekretär der SED-BL Halle, 1973-1976 Vorsitzender des Ministerrates, 1976-1989 Präsident der Volkskammer; 13. November 1989 Rücktritt; Dezember 1989 Ausschuß aus der SED; nach U-Haft im Februar 1990 Haftentlassung aus gesundheitlichen Gründen (vgl. Jochen Cerný: Wer war wer, a.a.O., S. 426-427).

8 Am 1. Dezember 1989 hatte die Volkskammer der DDR ohne Gegenstimmen bei fünf Enthaltungen beschlossen, denjenigen Passus aus dem Artikel 1 der Verfassung zu streichen, in dem bis dahin die führende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei festgeschrieben war.

9 Gemeint sind die Fälschungen der Ergebnisse bei den Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, auf die Bürgerrechtler bereits am Wahlabend aufmerksam gemacht hatten, die aber von der SED-Führung immer bestritten wurden.

10 Bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig hatte es wiederholt – so am 18. September und 25. September – Verhaftungen gegeben. Am 4. Oktober und 5. Oktober war es in Dresden zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und einer aufgebrachten Menge gekommen, die sich im Zusammenhang mit der Durchfahrt von verriegelten, mit Tausenden von DDR-Flüchtlingen besetzten Sonderzügen aus Prag in Richtung Bundesrepublik vor dem Hauptbahnhof versammelt hatte. Am 7. Oktober 1989, dem 40. Jahrestag der Gründung der DDR, waren die Demonstrationen und Kundgebungen in Berlin, Leipzig, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt, Plauen, Dresden, Potsdam und Arnstadt (Angaben laut Neues Deutschland vom 10. Oktober 1989) von Sicherheitskräften gewaltsam aufgelöst worden. Am 8. Oktober hatte es in Berlin erneut Demonstrationen und schwere Übergriffe der Sicherheitskräfte gegeben (vgl. Zeno und Sabine Zimmerling: Neue Chronik DDR, 1. Folge [7. August-18. Oktober 1989], Berlin 1990).

11 Die zeitliche Dimension des Begriffs »Stalinzeit« mußte im Referat nicht erklärt werden. Die Zuhörerinnen und Zuhörer wußten, um welche Periode es ging: um die Herrschaftszeit von Jossif Wissarionowitsch Stalin (1879-1953), die von 1922 bis 1953 dauerte.

Stalinismus noch nicht rehabilitiert sind. Inzwischen haben viele Betroffene ihr Schweigen gebrochen und sich vertrauensvoll an unsere Partei gewandt. Es läßt sich noch nicht genau übersehen, wie groß der Personenkreis ist, der direkt Repressalien ausgesetzt war, aber wir müssen mit einer hohen Zahl rechnen.

Betroffen waren deutsche Kommunisten, andere Antifaschisten und ihre Familien, die in den dreißiger Jahren und teilweise nach 1945 erneut in der Sowjetunion verurteilt bzw. verbannt wurden. Ein Teil von ihnen kehrte 1956 in die Heimat zurück.¹²

Um das Erfassen der politischen Dimension des Begriffes hingegen gab und gibt es – wie auch im Falle des Begriffes »Stalinismus« – fortgesetzte Auseinandersetzungen. Dies hängt unter anderem damit zusammen, daß in die Stalinzeit auch die Zeit des Zweiten Weltkrieges gehört – jenes Krieges, in dessen Verlauf am 22. Juni 1941 die Sowjetunion vom faschistischen Deutschland überfallen wurde und dann die Hauptlast des Kampfes der Anti-Hitler-Koalition bis zu deren Sieg am 8./9. Mai 1945 und damit auch die Hauptlast der mit diesem Sieg verbundenen Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus trug.

Keinen Zweifel kann es trotz dieses überaus bedeutsamen Einschnittes heute daran geben, daß die Stalinzeit jene Periode war, in der Stalin als Generalsekretär zunächst der KPR (B) und dann der KPdSU in der Sowjetunion ein System der unangefochtenen persönlichen Diktatur über Staat und Partei errichtete und daß er diesen Weg auf Verbrechen ungeheuren Ausmaßes gründete. Von diesen Verbrechen ist im weiteren Verlauf des Referats die Rede. Was deren Gesamtumfang anbetrifft – also das Ausmaß der blutigen »Säuberungen« in Partei, Staatsapparat und Armee insbesondere in den Jahren 1934 bis 1938 und dann noch einmal mit verheerender Wirkung auch für andere sozialistische Staaten 1947 bis 1953; der viele Millionen Opfer fordernden Zwangskollektivierung der Landwirtschaft (1928-1937); der Verschleppung von Millionen Menschen in Zwangsarbeitslager in Sibirien und Kasachstan, die für viele zu Todeslagern wurden; der nach dem Sieg im zweiten Weltkrieg betriebenen Errichtung von Konzentrationslagern auf dem Gebiet der SBZ, die für nicht wenige Gefangene den Tod bedeuteten, und der Verschleppung vieler der dort ohne Gerichtsverfahren Festgehaltenen nach Sibirien –, so kann auch heute noch immer nicht gesagt werden, daß er schon vollständig bekannt wäre (siehe dazu unter den neuesten Publikationen z. B. Alexander Jakowlew: Die Abgründe meines Jahrhunderts. Eine Autobiographie, Leipzig 2003; und Wolfgang Ruge: Berlin – Moskau – Sosswa. Stationen einer Emigration, Bonn 2003). Die Befassung mit diesen Vorgängen hat außerdem – wie auch im Referat deutlich gemacht wird – zu berücksichtigen, daß der Begriff des Stalinismus politische Handlungen und Verhaltens- und Denkweisen erfaßt, die noch weit über die Stalinzeit selbst hinausreichen.

Wie im Referat an verschiedener Stelle gefordert, haben die PDS als Partei – insbesondere in Gestalt ihrer Historischen Kommission –, viele ihrer Mitglieder sowie die ihr nahestehenden Stiftungen und Bildungsvereine auf Bundes- und Länderebene wie auch die Zeitschrift »UTOPIE kreativ« seit 1990 zur Forschung über die Stalinzeit und den Stalinismus im allgemeinen und mit Bezug auf die von stalinistischen Verfolgungen betroffenen Deutschen im besonderen mit Büchern, Broschüren und einigen hundert Aufsätzen einen nicht unerheblichen Beitrag geleistet (siehe dazu die folgenden Anmerkungen, in denen einige dieser Arbeiten genannt werden). – Zur Arbeit Michael Schumanns speziell auf diesem Gebiet siehe im vorliegenden Band den Beitrag »Vor fünf Jahren: »Wir brechen unwiderruflich mit dem Stalinismus als System!« Reminiszenzen und aktuelle Überlegungen«, den Vortrag zur PDS-Konferenz »Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen« vom 21. Juni 1997 unter dem Titel »Zur Auseinandersetzung der PDS mit dem stalinistischen Erbe« sowie den Aufsatz »Weltgeschichte des Kommunismus als Kriminalgeschichte. Nach der Lektüre des »Schwarzbuchs des Kommunismus«.

- 12 Siehe dazu an Publikationen aus dem Umfeld der PDS insbesondere die Bücher und Aufsätze von Ulla Plener. Beispielhaft genannt sei das von ihr herausgegebene Buch: Oleg Dehl, Simone Barck, Natalia Mussenko: Verraten Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren, Berlin 2000. – Zum Schicksal derjenigen Emigranten, die die Repressionen überlebten und in die SBZ/DDR zurückkehrten, siehe z. B. Meinhard Stark: Die SED-Führung und die deutschen Opfer der »Säuberung« in der UdSSR, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 85/86 (November/Dezember 1997), S. 146-157.

Betroffen waren Sozialdemokraten, die von sowjetischen Sicherheitsorganen, später auch von den Organen unserer Staatssicherheit verhaftet wurden.¹³

Auch KPD-Funktionäre aus den Westzonen gerieten bei Aufenthalt in der DDR in die Fänge sowjetischer Sicherheitsorgane und der mit diesen zusammenarbeitenden deutschen Dienststellen. Gemaßregelt, teils verhaftet und verurteilt wurden Mitglieder und Funktionäre der SED, aber auch anderer Parteien und Organisationen, besonders im Gefolge der in anderen Ländern geführten Prozesse zur Ausschaltung oppositioneller Kräfte.¹⁴

Und es gibt jene Bürger und Genossen, die auch nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 aus politischen Gründen verhaftet und oft auch verurteilt wurden, wofür die volle Verantwortung bei Organen der SED und der Staatsmacht liegt.¹⁵

Täglich werden neue tragische Einzelschicksale bekannt. Uns erwächst daraus eine hohe moralische und politische Verpflichtung. Die Mehrzahl dieser Menschen ist, obwohl sie schlimmen Drangsalen ausgesetzt war, ihren sozialistischen und humanistischen Idealen treu geblieben. Soweit es sich um Genossen unserer Partei handelt, haben sich die meisten nach Wiedererlangung der Freiheit ohne zu zögern weiter in unseren Reihen für eine sozialistische Zukunft eingesetzt, (*Beifall*) und das, liebe Genossinnen und Genossen, obwohl ihre Rehabilitierung oft nur halbherzig, verklausuliert oder gar nicht erfolgt ist. Vielen können wir nur noch postum die Ehre zurückgeben.

Wenn wir den Stalinismus dauerhaft überwinden wollen, so dürfen wir nicht nur die Tatbestände benennen, wir haben vor allem nach den Ursachen zu fragen, Ursachen, die nicht nur zur Fortexistenz, sondern in jüngster Zeit auch zu besonders abstoßenden Auswüchsen stalinistischer Herrschaft geführt haben.

Diese Ursachen haben historische Wurzeln, die auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichem Maße in die Geschichte zurückreichen.

Da gibt es die spezifischen Strukturen, Methoden und Allüren der Honecker-Ära, da gibt es die mit unserer sozialistischen Entwicklung insgesamt verbundenen stalinistischen Deformationen und die Ausprägung eines entsprechenden Herrschaftssystems, da gibt es den Mißbrauch der kommuni-

13 Siehe dazu an Publikationen aus dem Umfeld der PDS z. B. die von Andreas Malycha verfaßte Darstellung der Geschichte der SED »Von der Gründung 1945/46 bis zum Mauerbau 1961« und dort insbesondere den Abschnitt »Die Parteisäuberungen 1948 bis 1951«, in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler (Hrsg.): Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch, Berlin 1997, S. 1-56 (S. 33-36). – Weiteres siehe im Referat bei Anmerkungen zu einzelnen Personen.

14 Siehe dazu aus dem Umfeld der PDS neben der in Anm. 13 genannten Arbeit z. B. die in der vom Bildungsverein »Helle Panke« in Berlin herausgegebenen Reihe »hefte zur ddr-geschichte«: Herbert Mayer: Durchsetzt von Parteifeinden, Agenten, Verbrechern ...? Zu den Parteisäuberungen in der KPD (1948-1952) und der Mitwirkung der SED (Heft 29); und derselbe: Nur eine Partei nach Stalins Muster? Weichenstellungen für die SED im Jahre 1948 (Heft 51).

15 Näheres dazu siehe im Referat bei Anmerkungen zu einzelnen Personen.

stischen Bewegung durch Stalin nach Lenins Tod¹⁶ und eine bis in die zwanziger Jahre zurückreichende stalinistische Linie, und manches geht wohl auch zurück auf preußisch-deutsches obrigkeitstaatliches Denken und Handeln.

Wenn so, liebe Genossinnen und Genossen, die gesamte Geschichte unserer Republik und unserer Partei ins Spiel kommt, wir aber den Scheinwerfer auf eine bestimmte Achse unserer Entwicklung richten, besteht die Gefahr eines Bildes der Vergangenheit, das nur eine einzige Farbe hat. Ein solches Bild wäre unwahr, und es wäre ungerecht. Die Abrechnung mit dem Stalinismus ist Teil übergreifender Fragen, und diese lauten:

Was hat der frühe Sozialismus vermocht? Was hat ihn in eine Sackgasse geführt? Welchen Schaden hat der Sozialismus als Bewegung und als gesellschaftliche Praxis durch den Stalinismus erlitten? Das kann heute in aller Breite nicht das Thema sein. Aber die Bürger unseres Landes und die Mitglieder unserer Partei, die sich allzeit guten Glaubens mit Herz und Hand für den Sozialismus auf deutschem Boden eingesetzt haben, brauchen die Gewißheit, daß sie eine gute Spur in der Geschichte gezogen haben. (*Beifall*)

Sie haben dies getan, indem sie nach der Befreiung vom Naziregime Faschismus und Militarismus überwunden haben, jedenfalls als die Gesellschaft beherrschende Erscheinung, indem sie vor allem eine auf gesellschaftlichem Eigentum in Industrie und Landwirtschaft beruhende Produktion organisierten, die zeitweise auch ein ansehnliches Wirtschaftswachstum zu gewährleisten vermochte, indem sie unter widrigen Bedingungen einen Volkwohlstand erarbeiteten, der zwar dem Vergleich mit den entwickeltsten Industrieländern nicht standhält, im Weltmaßstab aber im Vordergrund liegt, indem sie Bildungsschranken niederrissen, ein beträchtliches Ansteigen des Bildungsniveaus und die berufliche Qualifikation ermöglichten und ein geistiges Klima schufen, in dem die Idee der sozialen Gerechtigkeit zur Grundüberzeugung vieler Menschen in unserem Lande gehört; indem sie ein soziales Netz und eine Gesetz-

16 Die Vorstellung, daß die Herrschaft der Kommunisten unter Wladimir Iljitsch Lenin (1870-1924) eine »reine« gewesen und die kommunistische Bewegung erst durch Stalin »mißbraucht« worden sei, wurde in der SED lange gepflegt, ist aber dadurch nicht richtiger geworden. Nicht zuletzt Arbeiten wie das »Schwarzbuch des Kommunismus« oder die Jakowlew-Autobiographie »Die Abgründe meines Jahrhunderts« (vgl. Anm. 11) haben diese Legende endgültig widerlegt. – Daß sie in diesem Referat noch eine solche Rolle spielen konnte, hängt freilich ganz wesentlich auch mit einem anderen Grundübel der SED-Politik zusammen: mit dem Verschweigen von Kritik an der Oktoberrevolution von 1917 im allgemeinen und der Kritik der KPD-Mitbegründer Rosa Luxemburg (1871-1919) und Paul Levi (1883-1930) an der Politik Lenins und der Bolschewiki im besonderen. – Daß im Referat der Luxemburg-Aufsatz »Die russische Revolution«, den sie im Sommer 1918 im Gefängnis verfaßt hat und der, nachdem er zunächst unveröffentlicht blieb, erst von ihrem Kampfgefährten Paul Levi 1922 in Berlin mit einer eigenständigen gewichtigen Werk darstellenden Einleitung aus dem Nachlaß herausgegeben worden ist, keine Erwähnung findet, ist ein sehr genauer Hinweis darauf, wie sehr man im Dezember 1989 erst am Anfang der Aufarbeitung und Neuentdeckung der eigenen Geschichte stand. (Vgl. zum Schicksal der Luxemburg-Levi-Broschüre: Jörn Schüttrumpf: Unabgegoldenes. Politikverständnis bei Paul Levi, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 150 [April 2003], S. 330-342.)

gebung schufen, die niemanden in die Arbeitslosigkeit und Obdachlosigkeit, ins soziale Aus abgleiten läßt, indem sie mit Leistungen auf vielen Gebieten der DDR zu internationalem Ansehen verhalfen, indem sie dazu beitrugen, daß sich die DDR den Ruf eines Friedensstaates erwarb, in dem internationale Solidarität und Antifaschismus eine Heimstatt haben.

Dies und manches andere darf in der Kritik am Stalinismus nicht untergehen. Und dies nicht zuletzt deshalb, weil eine sachliche und vernünftige Analyse der Vergangenheit notwendig ist, eine ausgewogene Analyse, um die Erneuerung einleiten zu können, um konkrete Ansatzpunkte für gesellschaftliche Umgestaltungsprozesse sichtbar werden zu lassen. Wenn es von all dem, von dem ich sprach, nichts gäbe, dann könnten wir auch keine Wohnung im europäischen Haus beanspruchen, dann wären wir auch für niemanden ein Partner im Dialog, im Ringen um europäische Sicherheit und Abrüstung, dann würde sich auch keine Hand zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit uns rühren. *(Beifall)*

Liebe Genossinnen und Genossen! Bekanntlich faßten Marx und Engels den Sozialismus als Kampf für die Befreiung des Menschen von Ausbeutung und Unterdrückung auf, als Ersetzung der Klassenherrschaft und knechtenden Arbeitsteilung durch, wie es im »Manifest« hieß, eine Assoziation, worin »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«. ¹⁷ Für dieses Ziel, das unter den historischen Bedingungen nur im harten Klassenkampf angestrebt werden konnte, stritt die deutsche Arbeiterbewegung, stritten ihre hervorragendsten Vertreter. Es entstanden in diesem Kampf unterschiedliche Auffassungen über Ziele, Wege und Methoden. Es gab scharfe Gegensätze, die zur Spaltung der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung in die sozialdemokratische und kommunistische Richtung führten. Wie diese ideologische und organisatorische Spaltung sowohl schon in der Entstehungsgeschichte als auch in der weiteren Entwicklung die notwendige Aktionseinheit behinderte, werden die Historiker sicher neu und gründlicher untersuchen.

Wenn wir in unserer Analyse im folgenden auch zu den Verhältnissen in der KPdSU und in der UdSSR in der Vergangenheit einzelne Gedanken äußern, dann stellt dies keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten einer anderen Partei dar, sondern dient dem Selbstverständnis der Entwicklung unserer Partei. Wir wissen uns in diesen Einschätzungen enig mit der sowjetischen Geschichtswissenschaft der Gegenwart.

Im Oktober 1917 trat in Rußland das Volk, geführt von der Bolschewistischen Partei, unter extrem schweren Bedingungen an, den Sozialismus zu ver-

¹⁷ Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels Werke (MEW), Bd. 4, Berlin 1959, S. 482.

wirklichen.¹⁸ Der Sozialismus trat in einem Land in die Weltgeschichte ein, in dem die materiellen und allgemein kulturellen Voraussetzungen am schwächsten ausgebildet waren. Die Große Sozialistische Oktoberrevolution wurde durchgeführt und siegte im Zeichen des Völkerfriedens, der Freiheit, der Demokratie, der Menschenrechte und Menschenwürde. Zum ersten Mal in der Weltgeschichte sollten Freiheit und Demokratie auf eine reale ökonomische und politische Basis gestellt werden. In den zwanziger und dreißiger Jahren vollzogen sich in der ökonomisch rückständigen, durch Weltkrieg und Bürgerkrieg verwüsteten Sowjetunion grundlegende Veränderungen, wie die Industrialisierung, die Kulturrevolution, die Konsolidierung ihrer internationalen Position. Das waren Tatsachen von historischer Bedeutung, die vor der Geschichte Bestand haben.

Doch gleichzeitig entstanden in der Partei und im Lande Erscheinungen, die immer mehr dem sozialistischen Ideal widersprachen, die den Sozialismus diskreditierten. Es entwickelte sich ein bürokratisch-zentralistisches Regime, vor dem Lenin oft gewarnt hat, dessen Hauptkennzeichen Dogmatismus, Subjektivismus und schließlich diktatorische Herrschaft waren. Immer mehr wurden die humanistischen und demokratischen Werte des Sozialismus ins Gegenteil verkehrt.

Wir bezeichnen dieses Regime als stalinistisch. Doch es wäre falsch, seine Entstehung nur auf die Person Stalins zurückzuführen, obwohl er natürlich einen bedeutenden Anteil daran hatte. Verschiedene Faktoren, darunter die Zwänge des Kriegskommunismus, die Rückständigkeit Rußlands, das Fehlen ausgeprägter parlamentarisch-demokratischer Traditionen in Rußland, begünstigten das Entstehen einer bürokratischen Schicht, die mit Hilfe des Apparats des Staates, der Armee, der Sicherheitsorgane, der Wirtschaft und der

18 Mitglieder der PDS und aus dem Umfeld der PDS waren beteiligt an Forschungen zur Oktoberrevolution z. B. auf einer internationalen Konferenz im März 1997 in Elgersburg (Thüringen). Die Beiträge sind abgedruckt in Theodor Bergmann, Wladislaw Hedeler, Mario Keßler, Gert Schäfer (Hrsg.): Der Widerschein der Russischen Revolution. Ein kritischer Rückblick auf 1917 und die Folgen, Hamburg 1997 (siehe dazu auch den Konferenzbericht: Wolfram Adolph: Eigentlich beginnt das Fragen erst. Zur Konferenz »Die russischen Revolutionen von 1917« vom 7. bis 9. März in Elgersburg, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 79 (Mai 1997), S. 74-84). – In den Jahren zuvor siehe in »UTOPIE kreativ« zum Thema Revolutionsgeschichte z. B. die Aufsätze: Roy Medwedjew: 80 Jahre russische Revolution. Sieg und Niederlage der Bolschewiki; Boris Kagarlitzkij: Lehren der russischen Revolutionen und die Diskussionen in Rußland heute; Sorja Serebrjakowa: Stalins Fälschung von Dokumenten des Jahres 1917 (alle in UTOPIE kreativ, Heft 77 [März 1997]) sowie Gert Schäfer: Die Oktoberrevolution im Urteil westlicher kommunistischer Dissidenten; und Stefan Amzoll: Kampf um den ungespielten Otober. Porträt des sowjetischen Dokumentarfilmers Dsiga Wertow (beide in UTOPIE kreativ, Heft 79 [Mai 1997]). Des weiteren siehe beispielhaft Helmut Bock: Es führt kein Weg zurück. »Stalinismus« in der DDR, in: UTOPIE kreativ, Heft 13, (September 1991), S. 62-74; Ders.: Die Russische Revolution 1917 – »Kriegskind des 20. Jahrhunderts«, in: Ebenda, Heft 85/86 (November/Dezember 1997), S. 7-20; und die knappe Bilanz von Wolfgang Ruge (langjähriges Mitglied des Ältestenrates der PDS – vgl. auch Anm. 11) »Als Lenin nur noch Gemüse züchten wollte. Zum 85. Jahrestag des Aufstands der Bolschewiki – Eruption nach oder vor der Katastrophe?«, in: Neues Deutschland, Berlin, 7. November 2002.

Partei wirksam wurde. Diese Schicht entfernte sich immer mehr vom Volk und seinen Bedürfnissen und begann, eine unumschränkte Macht auszuüben. Da sie dem Apparat ihre soziale Existenz verdankte, war sie an der Erhaltung und Unantastbarkeit dieses Apparates interessiert. Durch diesen Apparat wurde die Sowjetdemokratie der Revolutionszeit immer mehr in eine Diktatur der Bürokratie verwandelt, wurden die demokratischen Bürgerrechte eingeschränkt und die Politik mit Gewalt und Terror, wie zum Beispiel in der Kollektivierung, unter großen Opfern durchgesetzt.

Alternative Konzeptionen sowie Kritik am Sozialismus oder an führenden Personen galten als »Konterrevolution« oder als feindliche »Agententätigkeit«. Ihre Verfechter wurden verfolgt und gemaßregelt.¹⁹ Ein Höhepunkt dieser Entwicklung waren die Stalinschen Repressionen der dreißiger und vierziger Jahre, denen Millionen Menschen zum Opfer fielen.

Es änderten sich auch Wesen und Rolle der Partei. Marx und Engels sahen in der Partei der Kommunisten einen Teil der Arbeiterklasse, der keine von den Interessen des Proletariats getrennte Interessen hat, der seine Aufgabe besonders darin sehen muß, die Bedingungen und die Entwicklung der Bewegung zu erkennen und dabei am entschiedensten die Interessen der Klasse zu vertreten. Im Gegensatz dazu wurde unter der Führung Stalins das Machtmonopol der Partei über den Staat, die Wirtschaft und andere gesellschaftliche Bereiche errichtet und ständig ausgebaut, wobei es eigentlich ja nicht das Machtmonopol der Gesamtpartei, sondern eben seine bürokratisch-diktatorische Führungsclique war. Lenin hatte immer wieder die Methode der Überzeugung als die Hauptmethode der politischen Arbeit, auch der siegreichen Staatspartei herausgestellt. Nun traten an diese Stelle Administration, Druck, psychischer und physischer Terror bis hin zu Massenrepressalien. Der Mensch wurde zum Schräubchen, zum Objekt der gesellschaftlichen Entwicklung und namentlich des politischen Systems.

Gewerkschaften und andere Organisationen der Werktätigen erhielten den Rang von »Transmissionsriemen«, mit deren Hilfe die Führung ihre Diktatur ausübte und dabei noch pseudodemokratisch verbrämte.

Ein tragender Bestandteil dieses Systems war der Personenkult um Stalin. Er war aber nicht Ursache und hauptsächliches Merkmal. Der Kult um den toten Lenin, von Stalin maßgeblich mit betrieben, diente dazu, die Lehren Lenins und das Leninsche Sozialismuskonzept zu verdrängen. Die Stalinisten gaben und geben sich immer und überall als Marxisten-Leninisten aus. Die

¹⁹ Zu den ersten Publikationen, mit denen der Dietz Verlag Berlin sich an der Aufklärung über die Stalinschen Verbrechen beteiligte, gehört der 1990 herausgegebene, von Horst Schützler eingeleitete Band »Schauprozesse unter Stalin 1932-1952. Zustandekommen, Hintergründe, Opfer«. Vom Verein »Helle Panke« in Berlin gefördert wurde der Band: Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Moskauer Schauprozesse 1936-1938. Planung, Inszenierung und Wirkung – Chronik, Berlin 1998.

von ihnen als marxistisch-leninistisch verbreitete Ideologie hatte jedoch die Hauptfunktion, den Widerspruch zwischen den wahren Werten des Sozialismus und der stalinistischen Wirklichkeit zu verschleiern. Dabei wurden oft Zitate der Klassiker mißbraucht, auch beliebig ausgetauscht, um die gerade gängige Politik der Führung zu rechtfertigen. Einschätzungen und Äußerungen Lenins zu bestimmten konkret-historischen Situationen wurden aus dem Zusammenhang gerissen und dogmatisch auf andere Situationen übertragen. Mithin gehört auch die Verlogenheit zum Wesen des Stalinismus.

Stalinismus bedeutete Demoralisierung und Entartung des geistigen Lebens sowie Zerstörung menschlicher Werte. Unter stalinistischem Vorzeichen wurden grundlegende Gedanken und der ethische Gehalt der marxistischen Philosophie und Wissenschaft entstellt. So blieb unbegriffen, daß der Marxismus vor allem theoretischer Humanismus ist. Die Einsicht, daß der Marxismus und die revolutionäre Arbeiterbewegung vor allem Repräsentanten und Vorkämpfer allgemeinmenschlicher Werte und Ideale sind, ist entscheidend für ein richtiges Herangehen an alle Fragen der sozialistischen Politik. Aus dieser Position resultiert die Erkenntnis der Notwendigkeit und Möglichkeit, und diese Erkenntnis ist sehr aktuell, sozialistische Politik als Lebensform des denkbar breitesten Bündnisses aller Kräfte des Volkes zu entwickeln, niemanden auszugrenzen und immer den demokratischen Konsens und Kompromiß zur Verwirklichung der Interessen und Ansprüche der Menschen anzustreben. Dieses Bündnis, das die sachliche Auseinandersetzung stets einschließt, wurde oft nicht offen und ehrlich gesucht und durch Arroganz und Monopolisierung zerstört.

Die Umgestaltung unserer Gesellschaft verlangt auch, daß wir uns radikal von der stalinistischen Interpretation der Machtfrage trennen. Das Verhältnis zur politischen Macht war wesentlich reduziert auf einen Aberglauben an die Möglichkeiten der staatlichen Gewaltinstrumente, die jeglicher demokratischer Kontrolle entzogen waren. Vorherrschend war die Illusion, mit Hilfe zentralisierter Herrschaftsapparate die Gesellschaft nicht nur kontrollieren, sondern ihre Entwicklung auch jederzeit korrigieren zu können. Dabei wurde die politische Hauptaufgabe verdrängt: der Kampf für die Schaffung des demokratischen Konsenses mit allen Kräften des Volkes in den grundlegenden Fragen der Gesellschaftsentwicklung und die gesellschaftliche Verständigung über das gemeinsame Vorgehen auf den einzelnen Feldern der Politik. Politik wurde primär als Instrument administrativen Machtgebrauchs verstanden.

Der unter konkreten Bedingungen in den ersten eineinhalb Jahrzehnten der Sowjetmacht sich durchsetzende Stalinismus in der KPdSU und in der sowjetischen Gesellschaft blieb für die kommunistische Bewegung in Deutschland nicht folgenlos. Bekanntlich förderte auch die von Stalin zunehmend in bestimmten Fragen beherrschte Kommunistische Internationale das Entstehen und Fortwirken sektiererischer Positionen in der KPD. Die berühmte Sozial-

faschismus-These ist das bekannteste Beispiel.²⁰ Der Einfluß des Stalinismus hinderte zeitweise viele führende deutsche Kommunisten bei allen bedeutenden Verdiensten daran, den Wert bürgerlich-demokratischer Errungenschaften in vollem Maße zu erkennen und das Zusammengehen mit Sozialdemokraten sowie das breitest mögliche Bündnis für die Überwindung von Faschismus und Krieg konsequent mitzugestalten.

Viele im antifaschistischen Kampf entwickelten Gemeinsamkeiten sind durch den Einfluß stalinistischer Politik erheblich beeinträchtigt worden. Das alles ändert freilich nichts daran, daß deutsche Kommunisten gemeinsam mit Sozialdemokraten nach der Befreiung zu Recht mit dem Anspruch auftreten durften, die weitere Entwicklung der Nation entscheidend mitzubestimmen.²¹

Genossinnen und Genossen! Mit dem Blick auf die Zukunft sind wir verpflichtet, eine gründliche Analyse zu erarbeiten, welche Ursachen zu stalinistischem Denken und Handeln nach der Befreiung vom Faschismus in unserem Land geführt haben und wie diese eine Deformation gesellschaftlicher Verhältnisse herbeiführten.

Die Menschen, die nach zwölf Jahren Nazi-Diktatur und sechs Jahren Krieg angetreten waren, um Faschismus und Militarismus mit ihren Wurzeln zu beseitigen und eine antifaschistisch-demokratische und schließlich sozialistische Ordnung zu errichten, haben sich die Bedingungen ihres Wirkens wahrlich nicht aussuchen können. Sie konnten entweder zuschauen, wie unser Volk ins

20 Anm. im Protokollband: Vgl. Klaus Kinner: Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität, Bd. 1: Die Weimarer Zeit, Berlin 1999. – Ergänzung des Herausgebers: Die Sozialfaschismus-These, 1924 von Sinowjew aufgestellt, von Stalin später aufgegriffen und 1928 in der KPD zur Grundlage ihrer Politik gemacht, erklärte die Sozialdemokratie zur Hauptstütze der Bourgeoisie und die SPD, da sie mit ihrer Politik die wahren Verhältnisse verschleierte, für »noch gefährlicher« als die NSDAP. Die These verhinderte maßgeblich einen gemeinsamen Kampf von KPD und SPD gegen den heraufziehenden Faschismus und wurde von Komintern und KPD erst 1935 aufgegeben. – Auch der genannte Band von Klaus Kinner, der durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. gefördert wurde, gehört zu den Forschungsarbeiten zum Stalinismus aus der PDS und deren Umfeld. Siehe unter den weiteren von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten diesbezüglichen Arbeiten auch Elke Reuter, Wladislaw Hedeler, Horst Helas, Klaus Kinner (Hrsg.): Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928. Die KPD am Scheideweg, Berlin 2003.

21 Gemeint ist das Engagement der KPD für den Wiederaufbau nach dem mit der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus verbundenen Kriegsende am 8. Mai 1945, für das am 11. Juni 1945 mit einem Aufruf des ZK die Grundlage geschaffen worden war. In diesem Aufruf hieß es u. a.: »Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland.« Statt dessen gehe es um den »Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk« (zitiert nach Sachwörterbuch der Geschichte, Berlin 1969, S. 210). Ein Aufruf des Zentralausschusses der SPD vom 15. Juni 1945 (unterzeichnet u. a. von den drei Vorsitzenden Otto Grotewohl, Max Fehner und Erich Gniffke) bekundete ebenfalls die Absicht, für eine antifaschistisch-demokratische Republik einzutreten, und begrüßte den KPD-Aufruf vom 11. Juni (vgl. ebenda, S. 207-208). Damit waren entscheidende Grundlagen für ein Zusammengehen und eine spätere Vereinigung geschaffen. Da die sowjetische Besatzungsmacht aber mit einer Vereinigung vor allem die SPD ausschalten und auf keinen Fall auch nur eine Rest-SPD dulden wollte, wurde auf eine vollständige Vereinigung orientiert, die nur mit z. T. massiven Zwang zu erreichen war. Am 20./21. April 1946 fand die Gründung der SED statt.

Chaos versinkt, oder etwas Neues wagen. Die aus der Illegalität hervortretenden Mitglieder der Arbeiterparteien legten als erste Hand an. Sie standen ein für eine neue, demokratische Republik, in der das Volk die Macht ausübt, in der die wichtigsten Produktionsmittel gesellschaftliches Eigentum sind, in der eine geplante Wirtschaft wachsenden Wohlstand bringt, in der Privilegien beseitigt sind und soziale Gerechtigkeit herrscht. Der erdrückenden Zeitumstände waren sich die damaligen Generationen von Arbeiterfunktionären sehr wohl bewußt, der lang wirkenden Hindernisse kaum. Wenn trotz schwieriger Ausgangsbedingungen dennoch Bedeutendes zur sozialökonomischen Umgestaltung der Gesellschaft geleistet wurde, volkseigene und genossenschaftliche Betriebe in Industrie und Landwirtschaft entstanden, wenn Menschen aus dem werktätigen Volk Verantwortung in Staat, Wirtschaft und Kultur übernahmen, wenn sich eine Gesellschaft mit unverwechselbaren Zügen herausbildete - so gehört das zu dem positiven Ertrag unseres Volkes und auch zu den Leistungen unserer Partei. *(Beifall)*

Und, Genossinnen und Genossen, wir würdigen all jene Genossen, die sich selbstlos in jahrzehntelanger Arbeit für den Sozialismus auf deutschem Boden eingesetzt und Großes geleistet haben. Eine Erneuerung, die das vergäße, die träte mit einer neuen Unmoral an. *(Beifall)*

Wenn wir über unsere Entwicklung sprechen, ist auch zu bedenken, daß sie sich stets in enger Abhängigkeit von der Politik der jeweiligen sowjetischen Führung vollzog.

Der mit der Befreiung vom Faschismus eingeleitete revolutionäre Umwälzungsprozeß läßt sich in seinem Wesen und in vielen seiner Erscheinungsformen jedoch nicht einfach als bloße Übertragung des in der UdSSR seinerzeit existierenden, durch Stalin geprägten gesellschaftlichen Systems auf Ostdeutschland erklären. Es gibt gravierende Unterschiede: so zum Beispiel bei der Herausbildung des politischen Systems, in den Wegen und Formen der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln, in der Entfaltung der Produktivkräfte.

Das erklärt sich aus gewichtigen Ursachen. Die erste ist die durch das Potsdamer Abkommen bestimmte Deutschland- und Friedenspolitik der UdSSR in der Nachkriegszeit, die auf die Schaffung eines einheitlichen neutralen deutschen Staates gerichtet war. Dieses Konzept schränkte die Übertragung bestimmter Methoden und die Forcierung von Umgestaltungen durch Druck und Zwang ein. Zweitens wirkte die Situation auf deutschem Boden, das ständige Konfrontiertsein mit einem den kapitalistischen Entwicklungsweg gehenden zweiten deutschen Staat und die lange Zeit offene Grenze als Korrektiv.

Drittens besaß die deutsche Arbeiterbewegung eine lange sozialistische und demokratische Tradition, parlamentarische und außerparlamentarische Erfahrungen, die nicht ohne weiteres auszuschalten waren. Die Sozialistische

Einheitspartei und ein eigener Weg zum Sozialismus, wie er in den 1946 beschlossenen Grundsätzen und Zielen der SED vorgesehen waren²², darin bestand die Hoffnung eines Neubeginns für Sozialdemokraten wie für Kommunisten. Diese Chance war auch darin begründet, daß sich mit der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung Formen eines Demokratismus entwickelten, die vor allem von Mitgliedern der Arbeiterorganisationen ausgingen. Die damaligen Antifa-Ausschüsse, Betriebsräte, die neuen demokratischen Selbstverwaltungen, die Jugendausschüsse, die Frauenausschüsse, die Blockausschüsse, die Bodenreformkommissionen, die Umsiedlerausschüsse und die Volkskontrollausschüsse – das waren Organe, mit denen mehr und mehr Werktätige in eine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft einbezogen wurden. Die gegenwärtige Volksbewegung für die Erneuerung des Sozialismus steht, ob bewußt oder unterschwellig, in vieler Hinsicht in der Tradition jenes Demokratismus, wie er in Zeiten revolutionären Aufbruchs gerade in der Arbeiterbewegung hervorgetreten ist.

Der Bruch in dieser Entwicklung wurde 1948 offensichtlich. Symptome dafür waren der von Stalin ausgelöste sowjetisch-jugoslawische Konflikt,²³ die politischen Schauprozesse in volksdemokratischen Ländern²⁴ und aus diesen oder anderen Ereignissen abgeleitete, viele Genossen diskriminierende Beschlüsse der SED sowie Maßnahmen der politischen Strafjustiz. Betroffen waren zum Beispiel die Genossen Franz Dahlem,²⁵ Lex Ende,²⁶ Max Fechner,²⁷

22 Anm. im Protokollband: Vgl. »Grundsätze und Ziele der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« vom 21./22. April 1946 sowie den »Einheit«-Artikel von Anton Ackermann »Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?« vom Februar 1946 in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler: Die SED, a.a.O., S. 522 ff. bzw. S. 547 ff.

23 Stalin regierte auf die Weigerung des jugoslawischen Partei- und Regierungschefs Josip Broz Tito, sich dem sowjetischen Machtanspruch zu beugen und die ideologische Führungsrolle der KPdSU anzuerkennen, und auf die statt dessen erhobene Forderung, jedes Land müsse seinen eigenen Weg zum Sozialismus gehen, mit der Kündigung des sowjetisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrags und dem Ausschluß Jugoslawiens aus dem Kominform.

24 Opfer dieser Schauprozesse wurden z. B. der als »imperialistischer Agent« und »Titoist« am 15. Oktober 1949 hingerichtete ungarische Kommunist und Außenminister László Rajk, der wegen »nationalistischer Abweichung« am 17. Dezember 1949 hingerichtete bulgarische Kommunist und stellv. Ministerpräsident Traitschko Kostow und der wegen »titoistischer und zionistischer Umtriebe« am 3. Dezember 1952 hingerichtete zeitweilige Generalsekretär der KP der Tschechoslowakei Rudolf Slánský.

25 Franz Dahlem (1892-1981), 1913-1917 SPD, 1917-1920 USPD, seit 1920 hohe KPD-Funktionen, 1928-1933 Reichstagsabgeordneter, 1933-1937 Mitglied der Auslandsleitung der KPD, 1937-1939 Leiter der Politischen Kommission der Internationalen Brigaden in Spanien, 1939-1945 Internierungslager in Frankreich, Gestapohaft und KZ Mauthausen, in Mauthausen Mitglied des Internationalen Lagerkomitees; am 11. Juni 1945 Mitunterzeichner des KPD-Aufrufs, 1946-1953 Mitglied des PV bzw. ZK der SED; wurde im Mai 1953 aus dem ZK ausgeschlossen wegen »politischer Blindheit gegenüber der Tätigkeit imperialistischer Agenten in der Emigration« (vgl. Jochen Cerný: Wer war wer, a.a.O., S. 74-75).

26 Lex Ende (1899-1951), 1919 KPD, 1930 Redakteur der »Roten Fahne«, 1934 Emigration, später Chefredakteur der »Deutschen Volkszeitung« in Prag und Paris, 1939 Internierung, 1940 Flucht, Arbeit für die Bewegung »Freies Deutschland«, 1946-1949 Chefredakteur des »Neuen Deutschland« und der Satirezeitschrift »Frischer Wind«; im Zusammenhang mit dem Slánský-Prozeß in der Tschechoslowakei (vgl. Anm. 24) im August 1950 aus der SED ausgeschlossen (vgl. Andreas Herbst, Winfried Ranke, Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Bd. 3, a.a.O., S. 77.).

Willi Kreykemeyer,²⁸ Paul Merker.²⁹ Wenn es bei uns nicht zu vergleichbaren öffentlichen Schauprozessen mit Todesurteilen gekommen ist, so ist das nicht zuletzt ein Verdienst damals führender Genossen unserer Partei.³⁰ Mit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 wurden Schritte zur Aufdeckung und Überwindung bestimmter Folgen des Stalinismus eingeleitet.³¹ Tausende wurden aus der Haft entlassen, auch Genossen kamen frei. Ein Teil wurde rehabilitiert. Aber vieles ist noch offen und bedarf einer Aufarbeitung.

-
- 27 Max Fechner (1892-1973), 1912 SPD, 1917-1922 USPD, 1920-1922 Mitarbeiter in deren ZK, ab 1922 wieder SPD, 1933 Mitglied des illegalen Ausschusses der SPD, Inhaftierungen 1933/34 und 1944/45; Juni 1945 Mitglied des Zentralausschusses und einer der drei Vorsitzenden der SPD (mit Otto Grotewohl und Erich Gniffke); April 1946 bis Juli 1953 Mitglied des PV bzw. ZK der SED, Oktober 1949 bis Juli 1953 Minister für Justiz; nach dem 17. Juni 1953 wegen »staatsfeindlicher Tätigkeit« seines Amtes enthoben, aus der SED ausgeschlossen, verhaftet und verurteilt; Haft bis 1956 (vgl. Jochen Černý: Wer war wer, a.a.O., S. 108).
- 28 Willi Kreykemeyer (1894-1950 – im hier herangezogenen Notat Schreibweise Willy Kreikemeyer), 1913 SPD, 1918 USPD, 1919 KPD, Funktionär in Magdeburg, Nordbayern, Danzig; 1933 Emigration in die Schweiz, Spanienkämpfer, dann in Frankreich zuständig für die Betreuung von KPD-Funktionären in verschiedenen Internierungslagern, 1944 illegale antifaschistische Tätigkeit in Paris; 1946 SED, 1949-1950 Generaldirektor der Deutschen Reichsbahn; am 25. August 1950 im Zusammenhang mit der »Säuberung« der SED von angeblichen Spionen und Agenten des amerikanischen Imperialismus durch die ZPKK verhört und anschließend durch das MfS verhaftet (vgl. Andreas Herbst, Winfried Ranke, Jürgen Winkler: So funktionierte die DDR, Bd. 3, a.a.O., S. 188.). Am 31. August 1950 ist Willi Kreykemeyer unter ungeklärten Umständen verstorben (siehe dazu Wolfgang Kießling: Willi Kreykemeyer, der verschwundene Reichsbahnchef, »hefte zur ddr-geschichte« 42).
- 29 Paul Merker (1894-1969), 1918 USPD, 1920 KPD, 1937-1945 Mitglied des ZK der KPD und seines PB, 1940 in Frankreich interniert, 1942 nach Mexiko, Sekretär des Lateinamerikanischen Komitees der Bewegung »Freies Deutschland«, 1946-1950 Mitglied des PV bzw. ZK der SED und des PB; August 1950 wegen enger Verbindungen zu Noël H. Field – dem Leiter einer während des Krieges tätigen US-amerikanischen Hilfsorganisation, der nach dem Krieg im Zusammenhang mit den stalinistischen Schauprozessen zum CIA-Agenten hochstilisiert worden war – Ausschluß aus der SED, 1952 Verhaftung, 1955 Verurteilung zu 8 Jahren Zuchthaus, 1956 Entlassung (vgl. Jochen Černý: Wer war wer, a.a.O., S. 108). Zu Merkers Schicksal – u. a. auch zu seinem Mißbrauch durch das MfS als »Zeuge« im Prozeß gegen den später im Referat genannten Walter Janka – siehe auch Wolfgang Kießling: Partner im Narrenparadies. Der Freundeskreis um Noël Field und Paul Merker, Berlin 1994; derselbe: Paul Merker in den Fängen der Sicherheitsorgane Stalins und Ulbrichts, »hefte zur ddr-geschichte« 25; derselbe: In den Mühlen der großen Politik. Heinrich Mann, Paul Merker und die SED, »hefte zur ddr-geschichte« 36. Anm. im Protokollband (die sich auf den Komplex Schauprozesse und politische Strafjustiz insgesamt bezieht): Vgl. Thomas Klein, Wilfriede Otto, Peter Grieder: Visionen, Repression und Opposition in der SED (1949-1989), Frankfurt/Oder 1996, Bd. 1, S. 25 ff., S. 144 ff. – Ergänzung des Herausgebers: Auch diese (zweibändige) Arbeit steht für die Forschungsanstrengungen, die in der PDS und deren Umfeld unternommen wurden. Die Besonderheit liegt in diesem Falle in der Zusammenarbeit politisch unterschiedlich sich verstehender Autorinnen und Autoren: die Historikerin Wilfriede Otto, zur Historischen Kommission der PDS gehörend, war in der DDR Mitarbeiterin am Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED; der Mathematiker Thomas Klein, wiss. Assistent an der Akademie der Wissenschaften der DDR, war wegen konspirativer politischer Zirkelarbeit 1979 verhaftet und anschließend mit Berufsverbot belegt worden, arbeitete in der unabhängigen Friedensbewegung und gehörte zu den Mitbegründern der Bürgerbewegung »Vereinigte Linke«; der Londoner Historiker Peter Grieder forschte 1992 in Berlin zur SED-Geschichte. – Von Wilfriede Otto siehe z. B. auch Die »Waldheimer Prozesse« 1950. Historische, politische und juristische Aspekte im Spannungsfeld zwischen Antifaschismus und Stalinismus, »hefte zur ddr-geschichte« 12; und Erich Mielke. Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschekisten, Berlin 2000.
- 30 Diese Bewertung, wonach das Nichtzustandekommen von Schauprozessen mit Todesurteilen ein »Verdienst damals führender Genossen« gewesen sei, widerspiegelt all die Unsicherheiten und Zögerlichkeiten, mit denen im Dezember 1989 noch an viele Fragen der DDR-Geschichte herangegangen

Doch fast zur selben Zeit kam es im Zusammenhang mit den Ereignissen von Ungarn 1956 zu neuen Repressalien, und zu den Opfern dieser Zeit gehörte auch Walter Janka.³² Korrekturversuche der Jahre 1953 und 1956 zur Erneuerung des Sozialismus – die noch genauerer Überprüfung bedürfen, das gilt auch für die Ereignisse vom 17. Juni 1953 – sind rasch zum Erliegen ge-

wurde. »Führende Genossen« in Partei und Staat waren im hier gemeinten Zeitraum Anfang der fünfziger Jahre die von 1946 bis 1954 gemeinsam als SED-Vorsitzende tätigen Wilhelm Pieck (1896-1960 – er war bei der Vereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 Vorsitzender der KPD gewesen und von 1949 bis zu seinem Tode 1960 auch Präsident der DDR) und Otto Grotewohl (1894-1964 – er war 1946 einer der drei Vorsitzenden des Zentralausschusses der SPD [mit Max Fechner und Erich Gniffkel], von 1949 bis zu seinem Tode 1964 auch Vorsitzender des Ministerrats der DDR) sowie der eigentlich alle Macht auf sich vereinigende Walter Ulbricht (1893-1973 – von 1950 bis 1953 Generalsekretär, von 1953 bis 1971 Erster Sekretär [dies war lediglich eine Änderung der Bezeichnung, nicht der Machtposition] des ZK der SED.) Bis zu Stalins Tod im März 1953 hatten diese Personen auf den »deutschen Prozeß« eher geringen Einfluß, zumal Grotewohl und Ulbricht selbst als Angeklagte in Frage kamen. Es waren eher deutschlandpolitische Überlegungen der Stalinschen Führung, die immer wieder eine Verschiebung des Schauprozesses in der DDR bewirkten. Nach Stalins Tod wurden die Vorbereitungen des Schauprozesses jedoch nicht etwa eingestellt, sondern von der SED-Führung unter Walter Ulbricht beschleunigt (vgl. die von Wilfriede Otto hrsgg. Dokumentation: Der Tod des Diktators – ein Circulus vituosus für die SED, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 149 [März 2003], S. 209-220; zur Feindschaft Ulbrichts gegenüber Merker siehe: Wolfgang Kießling: Zweikampf oder die Abstinenz von Demokratie. Memorial für Paul Merker, in: UTOPIE kreativ, Berlin, Heft 39/40 [Januar/Februar 1994], S. 114-123). – Nach dem 17. Juni waren Schauprozesse nicht mehr möglich. Merker wurde jedoch nicht freigelassen, sondern in einem Geheimprouzess verurteilt und bis 1956 in Haft gehalten – keineswegs als einziger. 1954/55 fand »eine Reihe von Geheimprouzessen mit drakonischen Strafmaßen statt (so gegen Friedrich und Anna Schlotterbeck, Bruno Goldhammer, Fritz Sperling von der westdeutschen KPD, Hans Schrecker, Paul Merker, Max Fechner)«. Thomas Klein: Zu Opposition und Widerstand in der SED, in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler: Die SED, a.a.O., S. 204. – Weiteres dazu siehe im folgenden bei Anmerkungen zu einzelnen Personen.

- 31 Anm. im Protokollband: Vgl. Die Geheimrede Chruschtschows. Über den Personenkult und seine Folgen, Berlin 1990. – Ergänzung des Herausgebers: Diese Geheimrede ist in der DDR bis 1990 nie veröffentlicht worden. Die im Referat gemeinten »Schritte zur Aufdeckung und Überwindung bestimmter Folgen des Stalinismus« blieben in der DDR schon im Ansatz stecken (vgl. Andreas Malycha: Von der Gründung 1945 bis zum Mauerbau 1961, Abschnitt »Die gescheiterte Entstalinisierung 1956/57«, in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler: Die SED, a.a.O., S. 47-53).
- 32 Anm. im Protokollband: Vgl. Walter Janka: Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Reinbek bei Hamburg 1989 (bzw. Berlin/Weimar 1990). – Ergänzung des Herausgebers: Gemeint sind hier zwei Schauprozesse, die im Herbst 1989 allmählich wieder ins öffentliche Bewußtsein gebracht wurden. Verurteilt worden waren am 26. Juli 1957 die führend im Aufbau-Verlag sowie in der Redaktion der Wochenzeitschrift »Sonntag« tätigen Walter Janka, Gustav Just, Heinz Zöger und Richard Wolf wegen »Boykotttheze« (vgl. dazu u. a. den von Jochen Cerný – auch er ein Mitglied der Historischen Kommission der PDS – herausgegebenen Band »Wer war wer – DDR«, a.a.O.) und mit der gleichen »Begründung« bereits am 9. März 1957 der ebenfalls im Aufbau-Verlag tätige, mit dem Entwurf eines Programms zur radikalen Demokratisierung von Partei, Staat und Gesellschaft in der DDR und zur sozialistischen Vereinigung Deutschlands ins Visier der SED-Führung unter Walter Ulbricht geratene Wolfgang Harich (vgl. ebenda, S. 167) sowie die zu einer angeblichen »Gruppe Harich« gehörenden Manfred Hertwig, Bernhard Steinberger und Irene Giersch. – Zu Just siehe u. a. dessen 1990 in Berlin erschienenes Buch »Zeuge in eigener Sache« sowie »Deutsch, Jahrgang 1921. Ein Lebensbericht«, Potsdam 2001. – Zu Harich siehe u. a. dessen Buch »Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit. Zur nationalkommunistischen Opposition 1956 in der DDR«, Berlin 1993, sowie den von Jochen Cerný mit einer Einleitung versehenen Abdruck seines Programms von 1956 »Über die Besonderheiten des deutschen Weges zum Sozialismus« in »UTOPIE kreativ«, Heft 87 (April 1997), S. 50-52 bzw. 53-66. – Zu Hertwig siehe u. a. dessen Aufsatz »Sozialistische Hoffnungen in der DDR der fünfziger Jahre« in »UTOPIE kreativ«, Heft 12 (August 1991), S. 65-70. – Zu Steinberger siehe z. B. Jürgen Jahn: Geraubte Jahre. Der Lebensweg des

kommen oder zum Erliegen gebracht worden.³³ Mit dem Argument, keine Fehlerdiskussion zuzulassen bzw. Fehler im Vorwärtsschreiten zu überwinden, wurde jede Erforschung der Ursachen unterbunden. Das begünstigte den Fortbestand einer Führungsspitze, die zu keinen grundlegenden Erneuerungen bereit war.³⁴ Das läßt uns auch die Frage nach der Bewertung der politischen Auseinandersetzungen mit den sogenannten Fraktionen Herrstadt-Zaisser und Schirdewan-Wollweber und der Berechtigung der damals ausgesprochenen Parteistrafen auf neue Weise stellen.³⁵ Hier muß man alles aufklären, was noch aufklärbar ist.

Bernhard Steinberger, in: UTOPIE kreativ, Heft 153/154 (Juli/August 2003), S. 741-750. – Zu den auf die beiden Prozesse folgenden weiteren Verhaftungen und Verurteilungen siehe z. B. den Bericht des damals verhafteten Winfried Schröder »§ 13 Ziff. 1 StEG« auf der Konferenz der Historischen Kommission der PDS »Der Stalinismus in der KPD und SED. Wurzeln – Wirkungen – Folgen« am 17./18. November 1990, abgedruckt in »UTOPIE kreativ«, Heft 12 (August 1990), S. 63-64. – Zu den Prozessen insgesamt siehe z. B. Werner Mittenzwei: Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland 1945-2000, Leipzig 2001, und dort insbesondere das Kapitel »... ich lasse sie ins Gefängnis sperren«. Ulbrichts Abrechnung mit der Reform-Intelligenz« (S. 144-162).

Die herausgehobene Nennung Walter Jankas im Referat erklärt sich aus der Situation im Herbst 1989: Am 28. Oktober 1989 hatte in Janka Anwesenheit im Deutschen Theater der Schauspieler Ulrich Mühe aus der gerade in der Bundesrepublik erschienenen Autobiographie »Schwierigkeiten mit der Wahrheit« gelesen. Zu Beginn war eine Erklärung der Schriftstellerin Christa Wolf vorgetragen worden, in der es u. a. hieß: »Zum ersten Mal wird öffentlich und so radikal wie möglich jenes Grundübel zur Sprache kommen, aus dem über die Jahrzehnte hin fast alle anderen Übel des Staates DDR hervorgegangen sind: der Stalinismus. Vor mehr als 30 Jahren wurde an Walter Janka ein Exempel statuiert, dessen Ziel es war, ihn zu brechen. ... Daß er bis heute nicht in aller Form rehabilitiert wurde – er und die anderen Opfer von Schauprozessen in den 50er Jahren –, ist ein Zeichen des schleichenden Stalinismus, der, zuzeiten schärfer, zuzeiten milder, den manifesten Stalinismus ablöst, aber seine Grundposition nicht aufgegeben hat, die da heißt: Der Zweck heiligt die Mittel.« Walter Janka, Jahrgang 1914, Spanienkämpfer, Mexiko-Emigrant, Publizist, sagte an diesem Abend in seiner ersten öffentlichen Rede seit 1956 u. a.: »Darum rufe ich allen Mitbürgern zu: Kämpft, wie es jedem liegt. Kämpft mit dem Wort, mit der Feder, mit der Kunst, mit euren Fähigkeiten an den Werkbänken in unseren Fabriken, auf den Bauplätzen und Feldern unserer Republik. ... Kämpft für eine »Assoziation, in der die Freiheit eines jeden die Bedingung für die Freiheit aller ist«. ... Dann wird es auch in naher Zukunft möglich sein, Betonmauern und Stacheldraht – hinter dem sich doch kein sozialistischer Paradiesgarten kultivieren läßt – bedenkenlos niederzureißen, ohne daß uns die Jugend und die Zukunft davonläuft.« (Zitiert nach: Zeno und Sabine Zimmerling: Neue Chronik DDR, 2. Folge, 19. Oktober-23. November 1989, Berlin 1990, S. 35-37).

Ende November 1989 gehörte Walter Janka zu den Erstunterzeichnern des Appells »Für unser Land«, mit dem nach dem Fall der Mauer am 9. November dafür geworben wurde, in der DDR »in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln« (vgl. Zeno und Sabine Zimmerling: Neue Chronik DDR, 3. Folge, a.a.O., S. 16). – Walter Janka wurde sowohl juristisch als auch durch die SED-PDS rehabilitiert und war zeitweilig Mitglied im »Rat der Alten« der PDS. Er starb 1994.

- 33 Die Diskussionen um den 17. Juni 1953 werden in der PDS bis heute mit besonderer Heftigkeit geführt. Zum 50. Jahrestag im Jahre 2003 erklärte der Parteivorstand unter direktem Bezug auf den Auftrag des Referats von 1989, hier »alles auf(zu)klären, was noch aufklärbar ist«, in Auseinandersetzung mit der SED-These vom »faschistischen Putsch« u. a.: »Die Forschungen vieler Historikerinnen und Historiker, darunter Genossinnen und Genossen der PDS, belegen, daß im Juni 1953 sowjetisches Militär und bewaffnete Organe der DDR gegen Menschen voringen, die vielfach für soziale Gerechtigkeit und Mitbestimmung demonstrierten. Unter den Opfern waren nicht wenige, die völlig zu Recht gegen eine Politik und einen Politikstil protestierten, die in ihren Augen nicht zukunftsfähig waren. Viele Streikende und Demonstrierende wollten das stalinistische Regime durch einen freiheitlichen, demokratischen Sozialismus ablösen.« Und: »Auch und insbesondere der 17. Juni zeigt, daß der Aufbau einer sozialistischen Ge-

In den fünfziger Jahren schritt ein Prozeß heran, der zur Herausbildung eines Entscheidungsmonopols der SED-Spitze in der Gesellschaft führte, obwohl die damals geltende erste Verfassung der DDR dafür keine Handhabe bot. Das gipfelte in einem 1960 gefaßten Beschluß, der Entscheidungen der Parteiführung für die staatliche Arbeit als verbindlich erklärte. Es war diese Überzentralisation im politischen System, die zur Überzentralisation im ökonomischen Leben der Gesellschaft führte, und nicht umgekehrt.

Genossinnen und Genossen! Schwerer und unmittelbarer lasten auf unserer Gegenwart die Fehlentwicklungen und Versäumnisse der Folgezeit.

sellschaft mit diktatorischen Mitteln nicht möglich ist. Die Menschenrechtsverletzungen im Namen des Sozialismus sind nicht entschuldbar.« (Sozialismus entsteht in und aus der Gesellschaft. Erklärung des Vorstandes zum 50. Jahrestag des 17. Juni 1953, in: Pressedienst PDS, Nr. 22 vom 30. Mai 2003).

An Arbeiten aus dem Umfeld der PDS zum 17. Juni siehe z. B. als besonders gedrängte Darstellung und Einordnung in die deutsche Geschichte: Jörn Schütrumpf: Die Juni-Insurrektion 1953. Schwierigkeiten mit der Klasse. Thesen, in: »UTOPIE kreativ«, Heft 152 (Juni 2003), S. 485-492; des weiteren als umfassende Dokumentation: Wilfriede Otto: Die SED im Juni 1953, Bd. 10 der Reihe »Texte« der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2003; dann das Ergebnis einer der frühesten in der PDS betriebenen regional-geschichtlichen Forschungsarbeit: Angelika Klein: Die Arbeiterrevolte im Bezirk Halle, Potsdam (Rosa-Luxemburg-Verein Brandenburg) 1993; schließlich die Vortragsreihe des Bildungsvereins »Helle Panke« aus dem Jahre 2003 »Wie kam es zum 17. Juni?« mit den in der Reihe »hefte zur ddr-geschichte« publizierten Arbeiten: Siegfried Schwarz, Günter Judick, Wolfgang Buschfort: Deutschlandpolitische Rahmenbedingungen (Heft 80); Siegfried Propok: Geschichtsmythen und historischer Prozeß. Konzepte – Zeitzeugen – Chronik (Heft 81); Jörg Roesler: Aufstand gegen die Norm? (Heft 82) und Dieter Schiller: Ein Buch als Ärgernis. Stefan Heyms Roman »Der Tag X« und die Positionierung der SED (Heft 83).

- 34 Walter Ulbricht ging aus den scharfen Auseinandersetzungen an der Spitze der Partei als Sieger hervor, und mit ihm festigten Erich Honecker (vgl. Anm. 3), Erich Mielke (ab 1950 ZK-Mitglied, 1950-1953 [unter Zaisser] Staatssekretär des MfS, 1953-1957 [unter Wollweber] stellv. Staatssekretär des MfS, ab November 1957 Minister für Staatssicherheit), Kurt Hager (seit 1949 führende Positionen in der Parteischulung/Parteipropaganda/Wissenschafts- und Bildungspolitik, ab 1955 Sekretär des ZK, 1959 bis 1963 PB-Kandidat, dann PB-Mitglied) und andere, die dann bis 1989 an der Macht blieben, ihre Positionen.
- 35 Anm. im Protokollband: Vgl. u. a. Rudolf Herrnstadt: Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953, Reinbek bei Hamburg 1990; Karl Schirdewan: Aufstand gegen Ulbricht. Im Kampf um politische Kurskorrektur, gegen stalinistische, dogmatische Politik, Berlin 1994. – Ergänzung des Herausgebers: Rudolf Herrnstadt (1903-1966), 1953 Chefredakteur des SED-Zentralorgans »Neuen Deutschland«, und Wilhelm Zaisser (1893-1958), 1953 Minister für Staatssicherheit, wurden im Juli 1953 wegen ihrer Kritik am Ulbricht-Kurs im Zusammenhang mit dem 17. Juni aus PB und ZK ausgeschlossen und aus ihren Ämtern entfernt. Karl Schirdewan (1907-1998), 1958 PB-Mitglied und Sekretär des ZK, und Ernst Wollweber (1898-1967), von 1953 bis 1957 Minister für Staatssicherheit, 1958 nur noch ZK-Mitglied, wurden im Februar 1958 wegen ihrer Kritik an Ulbrichts Umgang mit den Ergebnissen des XX. KPdSU-Parteitag von 1956 aus PB und ZK ausgeschlossen (alle Angaben nach Jochen Černý: Wer war wer, a.a.O.). – Siehe zu diesen Vorgängen auch die Autobiographie von Karl Schirdewan, die 1998 in Berlin unter dem Titel »Ein Jahrhundert Leben. Erinnerungen und Visionen« erschienen ist. – Zur engen Beziehung, die sich in den neunziger Jahren zwischen Michael Schumann und Karl Schirdewan entwickelte, siehe im vorliegenden Band die »Worte des Gedenkens« zum Tode von Karl Schirdewan am 15. Juli 1998. – Zu Herrnstadt siehe auch Jochen Černý: Nachdenken über Herrnstadt, in: »UTOPIE kreativ«, Heft 12 (August 1991), S. 58-62. – Zur Bewertung der Auseinandersetzungen von Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt mit Walter Ulbricht 1953 und von Karl Schirdewan und Ernst Wollweber (sowie von den im Referat nicht genannten Fred Oelßner, Fritz Selbmann und Gerhart Ziller) mit Walter Ulbricht 1957/58 als »apparatkonform« im Sinne der aufrechterhaltenen Anerkennung des bürokratischen Monopols gesellschaftspolitischer Zwecksetzung« sowie als »innerbürokratischer Rationalitätskonflikt« siehe Thomas Klein: Zu Opposition und Widerstand in der SED, in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler: Die SED, a.a.O., S. 204-205.

Anfang der sechziger Jahre hatte die Führung der SED davon gesprochen, daß sich nun der Sozialismus in gesicherten Grenzen auf seinen eigenen Grundlagen entwickelt. Daraus erwachsen hoffnungsvolle Ansätze für eine Erneuerung. Allerdings sind viele Möglichkeiten vergeben worden.

Die Inkonsequenz des XX. Parteitages der KPdSU und seiner Auswertung in der DDR gewann Langzeitwirkung. Es blieb bei der Interpretation, daß der Personenkult um Stalin und die damit verbundenen Verbrechen dem Sozialismus wesensfremd und nicht im System seiner Strukturen verwurzelt seien. Das mußte sich um so verhängnisvoller auswirken, je mehr sich der Sozialismus durch die wissenschaftlich-technische Revolution, die globalen Probleme, die neuen Bürgerrechts- und Menschenrechtsbewegungen und schließlich durch den KSZE-Prozeß³⁶ herausgefordert sah, sich wirklich zu erneuern.

Mitte der sechziger Jahre gab es einen produktiven Ansatz für ein neues ökonomisches System, das von der Kommandowirtschaft wegführen und zu einem vor allem mit ökonomischen Instrumentarien regulierten, effektiven Wirtschaften hinführen sollte. Aber ein neues System der Ökonomie konnte nicht reifen, wenn nicht auch eine Öffnung im politischen und geistig-kulturellen Leben der Gesellschaft erfolgte. Dem aber stand vor allem das in stalinistischer Tradition verharrende Selbstverständnis der Partei entgegen. Wir müssen uns mit aller Konsequenz und selbstkritisch mit einer Parteiauffassung auseinandersetzen, die den Anspruch auf Erkenntnismonopol rechtfertigt und selbst Privilegien für selbstverständlich hinnahm.

Mit dem traditionellen Selbstverständnis unserer Partei sind eine Fülle ungelöster Probleme verbunden, die der weiteren wissenschaftlichen Untersuchung bedürfen.

Nicht verstanden wurde der Impuls des Prager Frühlings, der in der Gemeinsamkeit sozialistischer Länder hätte produktiv gemacht werden können.³⁷ Kritiker wie Robert Havemann und andere sollten mundtot gemacht werden.³⁸

36 KSZE – Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Der 1972 eingeleitete KSZE-Prozeß gipfelte am 1. August 1975 in der Verabschiedung einer »Schlußakte von Helsinki«, die von 33 der damals 34 europäischen Staaten – es fehlte nur Albanien – sowie von den USA und Kanada unterzeichnet wurde. Die DDR hatte damit endgültig weltweite internationale staatliche Anerkennung erlangt. Die Schlußakte enthielt drei Themen-»Körbe«: Korb I: Fragen zur Sicherheit Europas; Korb II: Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Technik und Umwelt; Korb III: Menschliche Kontakte, Kultur- und Informationsaustausch. – Zum KSZE-Prozeß gehörten dann »Nachfolgekonferenzen« in Belgrad (1977/78), Madrid (1980-1983) und Wien (1986-1989).

37 Als »Prager Frühling« wird jener Prozeß bezeichnet, mit dem die KP der Tschechoslowakei unter Führung von Alexander Dubček von Januar 1968 an versuchte, in Abkehr von stalinistischen Traditionen einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« zu verwirklichen. Mit der militärischen Intervention der Staaten des Warschauer Vertrages (ohne Rumänien) am 21. August 1968 und der endgültigen Entmachtung Dubčeks im April 1969 wurde dieser Reformprozeß gewaltsam zu einem Ende gebracht. – Die im Referat gebrauchte Formulierung, wonach »der Impuls des Prager Frühlings« von der SED-Führung »nicht verstanden wurde«, ist ein beredter Ausdruck für das Zögerliche und Inkonsequente, das der Analyse zu diesem Zeitpunkt an vielen Stellen noch anhaftete. Denn das Verhalten der SED-

An der Schwelle der siebziger Jahre weckte der später maßlos überbewertete und zum Kult um Erich Honecker benutzte VIII. Parteitag mit seinem in manchem veränderten politischen Stil, mit der engeren Zusammenführung von Wirtschaft und Sozialpolitik Hoffnungen.³⁹ Diese wurden vom damaligen Generalsekretär in der Innenpolitik nur punktuell und kurzzeitig, in der Außen- und Friedenspolitik allerdings für längere Zeit eingelöst.⁴⁰

-
- Führung war nicht durch »Nicht-Verstehen« gekennzeichnet, sondern – wie im folgenden Satz zu Robert Havemann ja auch angedeutet wird – durch eine rigorose Gegnerschaft zu den Reformern in Prag und zu all jenen, die sich in der DDR zu den Prager Reformplänen bekannten oder sie tatsächlich als Impuls für eigenes Handeln zu begreifen versuchten. – Eine umfassende Würdigung des »Prager Frühlings« für die Entwicklung der Ideen eines demokratischen Sozialismus durch die PDS steht übrigens noch aus. So enthält etwa der 1997 in Berlin erschienene, vom Verein »Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung« e.V. (dem Vorgänger der Rosa-Luxemburg-Stiftung – Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.) herausgegebene Band »Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus. Ein Kommentar«, zu dessen Autoren auch Michael Schumann gehörte, keinen einzigen Hinweis auf Protagonisten des »Prager Frühlings« wie etwa Alexander Dubček oder Ota Šik oder auf Dokumente der KPdSch aus dieser Zeit. – Als eine der wenigen umfassenderen Arbeiten im PDS-Umfeld zum Thema des »Prager Frühlings« mit ausführlicherer Darstellung tschechoslowakischer Positionen und der SED-Reaktion darauf siehe Stefan Bollinger: 1968 – Jahr der vertanen Chancen, in: UTOPIE kreativ, Heft 94 (August 1998), S. 39-50. Vgl. auch derselbe: Die DDR kann nicht über Stalins Schatten springen. SED zwischen NÖS und Prager Frühling, »hefte zur ddr-geschichte« 5, Berlin; sehr instruktiv auch: Bernd Rump u.a. (Hrsg.): Das Jahr '68: Weichenstellung oder Betriebsunfall? Scheuklitz 1998.
- 38 Robert Havemann (1910-1983), antifaschistischer Widerstandskämpfer, 1945-1950 Direktor der Berliner Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, zugleich und in der Folge Professor und Institutsleiter an der Humboldt-Universität zu Berlin, 1961 Korrespondierendes Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften, Physikochemiker und Philosoph, wurde »angeregt vom XX. Parteitag der KPD/SU (1956) zum bedeutendsten und bekanntesten Systemkritiker in der DDR«, äußerte »prinzipielle marxistische Kritik an politischen Verhältnissen und Gängelung der Wissenschaften«, 1964 Ausschluss aus der SED und fristlose Entlassung durch die Humboldt-Universität, danach »faktisch Berufsverbot, Überwachung, Hausarrest und andere Repressalien durch das MfS; wirkte »dennoch bis zu seinem Tode für einen demokratischen Sozialismus« und »suchte in diesem Sinne publizistisch (über BRD-Medien) auf Politik und Gesellschaft in der DDR Einfluß zu nehmen«; wurde in der DDR zum »Mitbegründer einer unabhängigen Friedens- und Bürgerrechtsbewegung« (vgl. Jochen Černý: Wer war wer, a.a.O., S. 170/171). – In seinem 1980 in München und 1990 in Halle und Leipzig veröffentlichten Buch »Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie« heißt es zum »Prager Frühling« u. a.: »Es war ganz offensichtlich, daß sie (gemeint sind die Parteiführungen in den umliegenden sozialistischen Staaten – d. Hrsg.) sich vor einer Ausbreitung der Ideen des Prager Frühlings fürchteten, und zwar nicht, weil sie diesen Ideen nicht trauten, sondern gerade darum, weil sie wußten, daß diese Ideen den Hoffnungen von Millionen Sozialisten und Kommunisten in aller Welt entsprachen, die sich nichts sehnlicher wünschten, als daß sich der Sozialismus in den sozialistischen Staaten endlich von dem Odium befreite, ein System der Willkürherrschaft einer kleinen Clique von Apparatschiks zu sein.« (Ausgabe des Mitteldeutschen Verlages Halle/Leipzig 1990, S. 45). Und: »In der DDR und in anderen sozialistischen Ländern setzte sofort eine Welle schärfster Verfolgung aller Personen ein, die auch nur in Andeutungen ihren Protest gegen die Intervention geäußert hatten« (Ebenda, S. 46). – Weiteres dazu siehe auch in: Robert Havemann: Fragen-Antworten-Fragen. Aus der Biographie eines deutschen Marxisten, Berlin und Weimar 1990 (zuerst München 1970).
- 39 Anm. im Protokollband: Vgl. den Bericht Erich Honeckers in: Protokoll der Verhandlungen des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. 15. bis 19. Juni 1971 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin, Berlin 1971, Bd. 1, S. 34 ff.
- 40 Gemeint sind die weltweite völkerrechtliche Anerkennung der DDR in den siebziger Jahren, die Aufnahme in die UNO 1973, die Unterzeichnung der KSZE-Akte in Helsinki 1975 (vgl. Anm. 36), zahlreiche Initiativen zur Entspannung der Ost-West-Beziehungen, der Ausbau der bilateralen Beziehungen auch zu zahlreichen kapitalistischen Staaten (u. a. 1981 Besuch Erich Honeckers in Japan, 1987 in der BRD) und die Mitarbeit der DDR in vielen internationalen Organisationen.

Sobald sich jedoch Erich Honecker fest im Sattel und zwischen den Großen der Weltpolitik sitzen fühlte, wuchs sein Geltungsdrang im umgekehrten Verhältnis zu seinem tatsächlichen politischen Format. *(Beifall)*

Der Generalsekretär und sein Politbüro, das sich dem Zentralkomitee nicht verantwortlich fühlte und keine Kollektivität übte, begriffen nicht, worauf sich nun die DDR in Fragen der Menschenrechte, der Reisemöglichkeiten, der Veränderung des Grenzregimes usw. einzustellen hatte. Der Dialog nach außen und Verweigerung nach innen, Repressalien gegen Andersdenkende und ähnliches mußten die Kluft zwischen Partei und Volk vertiefen und zu äußersten Widersprüchen führen. Die Politik unserer Partei in den siebziger Jahren gilt es in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit aufzuarbeiten. Für die Erneuerung unserer Gesellschaft ist es von großer Bedeutung, die Leistungen und Fehler unserer Partei in dieser Zeit kritisch und umfassend zu analysieren. Auf dem Gebiet der Wirtschaft zum Beispiel bewies die Entwicklung in dieser Zeit, was eine sozialistische Konzentration vermag, und zugleich, was geschieht, wenn durch die Blockierung von Demokratisierungsprozessen und Ignorierung der Wissenschaft wirtschaftliche Entwicklung falsch programmiert wird. Bezeichnend für das Defizit an theoretischer Fundierung der Politik in dieser Zeit war auch ein völlig vereinfachtes Kapitalismusbild, das alten ideologischen Stereotypen entsprach, rein agitatorische Bedeutung hatte, aber die Potenzen des modernen Kapitalismus nicht wahrnahm.

Das alles mußte in seiner Gesamtheit letztlich zur Krise, zum politischen Zusammenbruch führen.

1985, als die KPdSU Kurs auf Perestroika und Glasnost nahm, hätte sich wohl noch ein Ausweg eröffnet, wenn unser Land kühn und besonnen auf den Weg der Entstalinisierung geführt worden wäre.⁴¹ *(Beifall)*

Bei der Überschaubarkeit unseres Landes, seiner ökonomischen Situation, der noch bemerkenswerten politischen Stabilität bestanden für einen klugen Reformkurs im Grunde genommen bessere Voraussetzungen als in der UdSSR. Aber dies vermochte die machtbesessene alte Führung nicht zu begreifen, und sie steckte auch viel zu tief im Sumpf, um eine Erneuerung ernstlich zu wollen. *(Beifall)*

Alle Warnungen und Forderungen wurden mißachtet und unterdrückt, kritische Parteimitglieder als Meckerer und Nörgeler disqualifiziert und massenhaft aus der Partei ausgeschlossen, und eine Handhabe dafür bot der Beschluß zur ideologischen Arbeit, den das Politbüro im Dezember 1988 faßte.⁴² Erich

41 Anm. im Protokollband: Vgl. Michail Gorbatschow: Ausgewählte Reden und Aufsätze, Bd. 2, Berlin 1987, S. 143 ff., S. 170 ff., S. 277 ff.

42 Anm. im Protokollband: Vgl. die interne Parteinformation »Zum einheitlichen und geschlossenen Handeln der Mitglieder und Kandidaten der SED« vom März 1988 in: Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler: Die SED, a.a.O., S. 797 ff, sowie den Politbüro-Bericht Erich Honeckers in: 7. Tagung des ZK der SED, 1./2. Dezember 1988, »Mit dem Blick auf den XII. Parteitag die Aufgaben der Gegenwart lösen«, Berlin 1988, S. 5 ff.

Honecker und seine Umgebung entfernten sich immer mehr von der Parteibasis und vom Volk. Sie gingen auf Gegenkurs zu Perestroika und Glasnost, besonders kraß mit dem »Sputnik«-Verbot, mit dem schlimmen Artikel im »Neuen Deutschland« über die Kommunistische Internationale, durch den sowjetische Historiker diskriminiert und die Geschichtswissenschaft der DDR diskreditiert wurden.⁴³ Die »Hofberichterstattung« in den Medien und die allen Lebenserfahrungen widersprechenden – wie wir heute wissen: erlogenen – Erfolgsdaten wurden immer unerträglicher und zum Zündstoff des öffentlichen Protestes. Mit der Öffnung der ungarischen Grenze brachen schließlich alle Dämme.

In Ablehnung von Perestroika und Glasnost wurde die Losung »Sozialismus in den Farben der DDR« begründet.⁴⁴ Heute sollte man diese Zeit als »Stalinismus in den Farben der DDR« bezeichnen. (*Beifall*)

Liebe Genossinnen und Genossen! Aus dem hier Dargelegten, das bei allem – wie ich eingangs sagte – einen vorläufigen Charakter hat, unterbreitet der Ausschuß dem Parteitag zur Wiedergutmachung für die Opfer des Stalinismus folgenden Vorschlag:

1. Die Rehabilitierung aller, die Opfer stalinistischer Verfolgung geworden sind, sei es in der UdSSR oder in unserem Lande. Dazu sind Kontakte zu den entsprechenden sowjetischen Stellen herzustellen.

2. An den Parteivorstand ergeht der Auftrag, dafür zu sorgen, daß alles aufgeklärt wird, was sich über Einzelschicksale, aber auch über Verantwortlichkeiten und Schuld in Erfahrung bringen läßt.

3. Wir bieten unsere Mitarbeit in einem unabhängigen Untersuchungsausschuß an, zusammengesetzt aus betroffenen Personen, aus Juristen, aus Historikern und anderen Persönlichkeiten. Unsere Partei stellt diesem Ausschuß die ermittelten Resultate zur Verfügung.

4. Wir setzen uns dafür ein, daß den Opfern stalinistischer Verbrechen ein bleibendes Gedenken in unserer Gesellschaft bewahrt wird.

Dem sollten sowohl das bereits von anderen vorgeschlagene würdige Mahnmal als auch Zeugnisse der Erinnerung und Bewahrung der bestehenden Museen und Gedenkstätten und in unserer schöngeistigen und wissenschaftlichen Literatur dienen. (*Beifall*)

Die in die Zukunft weisenden Konsequenzen, daß heißt die Beseitigung von Strukturen, die solche Deformationen ermöglichten, müssen ihren Niederschlag finden im neuen Programm, im neuen Statut, in einem neuen, kritischen Umgang mit unserer eigenen Geschichte, der frei ist von Apologetik,

43 Anm. im Protokollband: Am 18. November 1988 wurde auf Weisung Honeckers der Vertrieb der deutschsprachigen Ausgabe der sowjetischen Zeitschrift »Sputnik« in der DDR eingestellt. Gleichzeitig wurden fünf sowjetische Spielfilme vom laufenden Kino-Spielplan abgesetzt (vgl. Neues Deutschland vom 19., 24. sowie 25. November 1988).

44 Anm. im Protokollband: Vgl. 7. Tagung des ZK der SED, a.a.O., S. 91.

Schönfärberei, einem Umgang, der nichts aus dieser Geschichte ausspart. Und all dies muß sichern die Trennung von Partei und Staat, die Wählbarkeit von unten nach oben, die Anerkennung unterschiedlicher Meinungen, auch innerhalb der Partei, und ihre Reflexion in den Medien und viele andere demokratische Sicherungen mehr.

Liebe Genossinnen und Genossen! Wir betrachten die Behandlung dieses Tagesordnungspunktes als weiteren Schritt der Abkehr vom Stalinismus und als Unterstützung für den weiteren Prozeß seiner konsequenten Überwindung.

Ich danke euch für eure Geduld. *(Beifall)*